

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

30. Okt. 1963

P/XVIII/207

Bonn, den 30. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Im Dschungel der Wissenschaftsförderung</u>	92
	"Zuständigkeiten" und Prestigefragen verhindern zügige Arbeit Von " * *	
3	<u>Die soziale Stellung der Frau in Europa</u>	51
	Zur Bundesfrauenkonferenz der SPD in Frankfurt Von Marta Schanzenbach, MdB, Mitglied des Präsidiums der SPD	
4	<u>Wo blieben 50 Millionen DM ?</u>	42
	Gefragt in Athen - Gefragt in Bonn	
5 - 6	<u>Worte und Taten</u>	63
	Der Bundeskanzler, der CDU-Fraktionsvorsitzende und die Europapolitik Von Egon Heinrich	
6	<u>Das Europa-Ultimatum von Paris</u>	35
	Kur noch zwei Monate Zeit	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Im Dschungel der Wissenschaftsförderung

Von * *

* Von einem hohen Beamten des Bundesforschungsministeriums, der *
* nicht genannt sein will, erhalten wir den nachstehenden Alarm- *
* ruf zu den ungelösten Problemen der Wissenschaftsförderung. *

Die Redaktion

* * *

Der Finanzstreit zwischen Bund und Ländern schwelt weiter. Doch das Verhältnis zwischen dem Bund - oder genauer gesagt: der Bundesregierung - und den Ländern ist ja nicht nur durch die offenen Fragen des Haushaltsausgleichs gestört. Im Hintergrund stehen genau so einige seit Jahren ungelöste Sachprobleme, z.B. die Kompetenzabgrenzung in der Kulturförderung. Hier ist die Situation so verfahren, daß der neue Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung sogar einige besorgte Worte fand.

Man wird ihm in diesem Punkt nicht widersprechen können, denn die Förderung von Wissenschaft und Bildungswesen droht in dem Streit zwischen Bund und Ländern schweren Schaden zu erleiden - nicht wieder gut zu machen Schaden. An Stelle einer großzügigen und sachlich orientierten Kulturförderung sehen wir uns seit Jahresfrist in einen Buschkrieg verwickelt, in dem es um kleinliche Restriktionen von Zuschüssen, um "Zuständigkeiten" und sogar um Prestigefragen geht. Wir haben ein Bundesforschungsministerium - doch was hat es erreicht?

* * *

Im letzten Halbjahr häufen sich die Alarmrufe aus den kompetenten Gremien der Wissenschaft und selbst der Wirtschaft. Es scheint, daß sie ungehört verhallen. Das sind die Alarmrufe:

- * 1) Der Präsident des Wissenschaftsrats, Prof. Ludwig R a i -
* s e r, ermahnte Bund und Länder zur Zusammenarbeit.
- * 2) Die Westdeutsche Rektorenkonferenz befürchtet, daß die künf-
* tige Entwicklung des deutschen Hochschulwesens durch die Un-
* einigkeit der Bundesregierung und der Landesregierungen ge-
* fährdet ist.
- * 3) Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof.
* Gerhard H e s s e, sprach von einem gefährlichen Mißver-
* hältnis zwischen den Notwendigkeiten der Forschungsförde-
* rung und den finanziellen Maßnahmen der Abhilfe.
- * 4) Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Nobelpreisträ-
* ger Prof. Adolf B u t e n a n d t, wies darauf hin, daß
* die Forschungsbelastungen sich bei uns in Größenordnungen
* entwickeln müssen, die nur im finanziellen Zusammenspiel
* zwischen Bund und Ländern zu bewältigen sind.

In gleicher Art mahnte, warnten und kritisierten der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft und der Industrielle Otto A. F r i e d r i c h. Sogar im Ausland sieht man "allen Grund zur Besorgnis", wie der "Economist" am 22. Juni 1963 schrieb.

- * "Ein kleines Wissenschaftsministerium, bestehend aus 250 recht
- * ratlosen und verlegenen Mitarbeitern, wurde kürzlich von der
- * deutschen Bundesregierung errichtet, ... das Zeichen einer plötz-
- * lichen - die Kritiker würden sagen einer verspäteten - Unruhe
- * über die Lage der deutschen Wissenschaft."

In dieser prekären Situation bekannte sich auch Bundesforschungsminister Lenz zum "Miteinander der Wissenschaftspolitiker in Bund und Ländern". Bundesinnenminister Höcherl schickte eilfertig seine Beamten im BULLETIN der Bundesregierung vor, wo sie die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes auch für kulturelle Aufgaben beteuerten. Aber Taten zählen, nicht Worte!

* * *

Seit Jahren steht ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Abgrenzung der Kulturaufgaben an. Im April 1958 wurden erste Überlegungen dazu durch die große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zum technischen Nachwuchs angeregt. Im Oktober 1958 forderte der Bundestag die Bundesregierung auf, in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten.

Diese Verhandlungen schleppten sich über Jahre auf unterster Ebene hin; lange Zeit waren nicht einmal Staatssekretäre daran beteiligt! Am 7. Juli 1960 erneuerte der Bundestag seinen Beschluß - aber Ergebnisse stehen bis heute aus. Und genau so läßt das geplante und oft angekündigte Forschungsförderungsgesetz der Bundesregierung auf sich warten.

Im Dschungel von Streitigkeiten zeigten sich die Regierungsparteien bei Kulturausgaben stets knauserig, was die Bundesregierung nicht hinderte, mit geringen Finanzmitteln auf die Länder gelegentlich Druck auszuüben. Diese reagierten jetzt mit der Forderung nach einer grundsätzlichen "Flurbereinigung" ihres Verhältnisses zum Bund.

In dieser Ausgangslage beginnen die Beratungen über den neuen Bundeshaushalt. Wenn die neue Bundesregierung sich nicht zu neuen Initiativen aufrafft, kommt die Kulturförderung wiederum, und dieses Mal im gefährlichen Ausmaß unter die Räder.

* * *

Doch es ist sehr fraglich, ob die neue Bundesregierung bei allem guten Willen dazu überhaupt in der Lage ist. Denn der Streit zwischen Bund und Ländern wurzelt ja in den Regierungsparteien selbst. Das wird an einem Beispiel aus den letzten Tagen schlagartig deutlich. Die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Studentenförderung nach dem Honnefer Modell soll nach einhelliger Meinung reformiert werden. Die Kultusministerkonferenz beschloß am 20. September in Kassel, die Reform voranzutreiben. Sie lehnte es jedoch ausdrücklich auf Antrag des nordrhein-westfälischen Kultusministers Prof. K i k a t (CDU) ab, die bisherigen Stipendien durch verstärkte Darlehen am Studienbeginn zu ersetzen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages beschloß aber am 10. Oktober mit Mehrheit genau das Gegenteil. Anschließend fiel das böse Wort eines prominenten CDU-Kulturpolitikers in Bundestag, wenn die Länder anderer Meinung seien, sollten sie doch gefälligst die Studentenförderung allein finanzieren. Das ist genau die "Gemeinsamkeit" durch finanziellen Druck, gegen die sich die Länder wehren. Im Ergebnis wird die dringende Reform der Studentenförderung vertagt werden - bis man sich einigt. Und wann das sein wird, steht dahin.

Ein unwesentliches Beispiel? Es ist aus dem Alltag des fortschreitenden Bund-Länder-Streites gegriffen und das kennzeichnet ihn. So sieht es allenthalben aus. Man wird mit Recht skeptisch sein dürfen, ob die goldenen Worte des neuen Bundeskanzlers der Wirklichkeit von morgen entsprechen werden.

+ + +

Die soziale Stellung der Frau in Europa

Zur Bundesfrauenkonferenz der SPD in Frankfurt
Von Marta Schanzenbach, MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seit Jahrzehnten ist es das Bestreben der deutschen Sozialdemokratie, der Frau den Platz in der Gesellschaft zu sichern, der ihr zusteht: die unvoreingenommene Anerkennung als Partnerin des Mannes in allen Lebensbereichen. Unzählige Frauen haben besonders in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren Leistungen vollbracht, die ihnen in Friedenszeiten niemand zugetraut hätte. Sie haben in Abwesenheit der Männer die Familien zusammengehalten, sie mußten durch Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt sichern, und man verpflichtete sie zu Tätigkeiten, die nach landläufigen Begriffen als "Männerarbeit" bezeichnet worden. Wenn trotz der Zerstörungen und der moralischen und materiellen Belastungen, denen unser Volk nach dem Zusammenbruch ausgesetzt war, das Leben vieler Familien in Takt blieb, dann verdankt unsere Generation dies zu einem großen Teil den vielen, vielen Frauen, die sich durch nichts in ihrer Hilfsbereitschaft beirren ließen.

In den anderen Ländern Europas haben die Frauen gleichwertige Leistungen aufzuweisen. Die Frage erhebt sich, ob die Gesellschaft von heute diese großartige Leistung von Millionen Frauen entsprechend würdigt. Deshalb steht im Mittelpunkt der am kommenden Wochenende in Frankfurt am Main stattfindenden Bundesfrauenkonferenz der SPD das Thema: "Die soziale Stellung der Frau in Europa". Namhafte Persönlichkeiten, wie Prof. Dr. Ludwig Preller und die Anwältin Dr. Maria Böhler, werden in ihren Referaten die Themen: "Die Freiheit der Frau - ihre Stellung im Bewußtsein der Gesellschaft" und "Die rechtliche Stellung der Frau in Europa" behandeln. In Arbeitsgruppen, die unter dem Thema "Der Beitrag der Frau zur europäischen Entwicklung" stehen, werden die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordnete Frau Käthe Strobel und Frau Lucy Bayer zur politisch-gesellschaftlichen Stellung der Frau sprechen, während Frau Dr. I. Eisner, MdB, und Frau Dr. Rosemarie Henitz die wirtschaftliche und soziale Situation aufzeigen. Frau Dr. Helge Timm vom UNESCO-Institut in München und Frau Maria Reuber werden das Thema aus der kulturellen Sicht beleuchten.

Sicher werden die während der Tagung ausgearbeiteten Anregungen ihren Niederschlag in der parlamentarischen Arbeit des Bundestages und der Landtage finden. Dies war auch der Fall, als die Bundesfrauenkonferenz 1961 in Oberhausen das Thema: "Die Frau in der modernen Gesellschaft" zur Debatte stellte. Ein Ergebnis der Oberhausener Konferenz war u.a. der von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachte Antrag, durch den die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine Untersuchung über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft durchzuführen.

Mehr als 200 Delegierte, aus der Bundesrepublik, zahlreiche Gäste aus dem Ausland und Delegierte aus den Frauenverbänden befreundeter Organisationen haben sich bereits zur Teilnahme an der Frankfurter Tagung angemeldet. Auch die deutsche und die internationale Presse werden stark vertreten sein.

Unter den geladenen Gästen befinden sich mehr als 20 ältere ehemalige Abgeordnete aller Parlamente, die sich durch ihre Tätigkeit und Treue zur Partei besonders ausgezeichnet haben. Diesen Frauen ist eine besondere Ehrung zugebracht. - Die Sozialdemokratische Partei als Ganzes unterstreicht die Bedeutung der diesjährigen Frauenkonferenz durch die Teilnahme des hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn und die Anwesenheit ihres stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wohner.

Wo blieben 50 Millionen DM ?

Gefragt in Athen - Gefragt in Bonn

sp - Aus Griechenland gelangt eine merkwürdige Kunde zu uns. Der frühere griechische Botschafter in Bonn, Thomas Ypsilanti, der für die Zentrums-Partei bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen kandidiert, hat in einem Leitartikel der Athener Zeitung TO VIMA behauptet, 50 Millionen DM - ein Viertel der Griechenland im Jahre 1958 gewährten deutschen Wirtschaftshilfe - seien von der damaligen Regierung Karamanlis nicht ihrem Bestimmungszweck zugeführt, sondern auf Privatkonten in der Schweiz transferiert worden.

Die Partei des früheren Ministerpräsidenten hat zu dieser Behauptung des Herrn Ypsilanti nicht Stellung genommen; sie überließ es der Bank von Griechenland zu erklären, die gesamte Summe in Höhe von 200 Millionen DM sei nach und nach ihren Devisenkonten gutgeschrieben worden. Ypsilanti konterte sofort und meinte, niemand habe die Bank für so naiv gehalten, daß sie ihre Bücher nicht in Ordnung halte, aber es bleibe die Frage offen, warum die Bank von Griechenland in einer Angelegenheit Stellung beziehe, die nur ihr Rechnungswesen berühre, während die Gerüchte in griechischen Finanzkreisen lediglich auf das Verhalten der früheren Regierung Bezug nähmen. Außerdem erklärt Ypsilanti, die von ihm angegriffenen Personen und Institutionen sollten Strafanzeige gegen ihn erstatten, wenn sie der Meinung wären, seine Behauptungen seien unwahr. Die deutsche Botschaft in Athen ließ erklären, der Botschafter, Herr Malchers, sei nicht bereit, in irgendeiner Form zu Veröffentlichungen Stellung zu nehmen, die im Rahmen des Wahlkampfes public gemacht worden seien. Eine ähnliche Erklärung gab der zur Zeit antretende Ministerpräsident Mavromichalis ab.

Bei Wahlkämpfen pflegen überall die Wogen hochzugehen, und auch in Griechenland wird wohl nicht jedes Wort, das vor einer Wahl veröffentlicht wird, auf die Goldwaage gelegt. Trotzdem: Herr Ypsilanti ist nicht irgendjemand. Er war zwei Jahre griechischer Botschafter in der Bundesrepublik, erfreute sich hier eines allgemeinen Ansehens und wird auch in seiner Heimat als ein Mann eingeschätzt, der sehr wohl weiß, was er sagt.

Sollte sich ergeben, daß die entscheidenden Männer der früheren griechischen Regierung Karamanlis keinen Wert darauf legen, die gegen sie erhobene Anschuldigung geklärt zu sehen, dann wäre es recht und billig, wenn sich die Bundesregierung in dieser Angelegenheit Klarheit verschafft. Schließlich ist es nicht gleichgültig, wo 50 Millionen DM, die von deutschen Steuerzahlern aufgebracht wurden, verbleiben.

+ + +

Worte und Taten

Der Bundeskanzler, der CDU-Fraktionsvorsitzende und die Europapolitik

Von Egon Heinrich

Regierungswechsel, Regierungserklärung und Bundestagsdebatte sind vorüber. Der Worte sind also genug gewechselt. Nun muß es sich zeigen, ob den Erklärungen der neuen Bundesregierung und der Regierungsparteien auch die entsprechenden Taten folgen werden. Das gilt nicht zuletzt für die Europapolitik, bei der die Zahl der ungelösten Fragen besonders groß ist. Erwähnt seien nur die gemeinsamen Agrar- und Energieprobleme, das Verhältnis der EWG zu den Drittländern, die Kennedy-Runde im Rahmen des GATT, die noch ausstehenden Marktordnungen für Rindfleisch, Reis und Milchprodukte, die Angleichung des Steuerrechts, sowie die Fusion der Europäischen Gemeinschaften.

Einen Hinweis darauf, wie wenig ernst es die Bundesregierung mit ihren Bekenntnissen zum Ausbau der europäischen Institutionen meint, wurde jetzt wieder erbracht. Drei Tage, bevor Erhard in seiner Regierungserklärung "neue Aktivitäten in der politischen Formierung Europas" ankündigte, beschlossen die Ministerräte von EWG und EURATOM - also die Regierungsvertreter -, den Haushaltsvoranschlag des Europäischen Parlaments für 1964 bei einigen Posten einschneidend zu kürzen. Unter anderem wurden die Mittel des Parlaments für die Betreuung ausländischer Besuchergruppen von 120 000 auf 60 000 Rechnungseinheiten herabgesetzt. Wenn es sich bei den Kürzungen auch nur um relativ geringe Beträge handelt, so zeigt sich daran doch der Geist, mit dem die Regierungen der EWG-Länder dem Europäischen Parlament gegenüberstehen. Daß es sich dabei übrigens um den seltenen Fall handelt, in dem die Exekutive ein Parlament kontrolliert, sei nur am Rande erwähnt. Das Europäische Parlament hat gegen die Einmischung in seine Haushaltsbearbeitung protestiert und die Kürzungsabsichten fast einstimmig abgelehnt. Trotzdem haben die Ministerräte an den Kürzungen festgehalten.

Die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage ist umso unverständlicher, als der CDU/CSU-Vorsitzende Dr. von Brentano bei der Aussprache über die Regierungserklärung ausführte:

- * "Darüber hinaus bedarf diese europäische Gemeinschaft dringend eines Ausbaus der parlamentarischen Zuständigkeit und Verantwortung". Und: "Dieser Prozess muß sich unter einer wirksamen Kontrolle vollziehen, denn die nationalen Parlamente, ja auch die nationalen Regierungen werden durch diese Entwicklung in weiten Teilbereichen ausgeschaltet."

Diese schönen Worte passen schlecht zu der Kürzung der Haushaltsmittel des Europäischen Parlaments. Entweder redet man mit verschiedenen Zungen oder die eine Bundesbehörde weiß nicht, was die andere tut. Dabei könnte der Ministerrat die Kosten des Europäischen Parlaments schlegelartig senken, wenn er einen gemeinsamen Parlamentssitz festlegen würde. Zur Zeit befindet sich das Sekretariat des Parlaments in Luxemburg; die Plenarsitzungen finden jedoch in Strassburg und die Ausschusssitzungen überwiegend in Brüssel statt.

Budgetkürzungen haben die Ministerräte auch an den Haushaltsplänen von EWG-Kommission und EURATOM vorgenommen. Der Haushaltsansatz der Kommission wurde um 2 auf 135 Millionen DM gekürzt. Von den 364 angeforderten neuen Personalstellen bewilligte der Ministerrat nur 125. Die EWG-Kommission hatte sich bis zuletzt um weitere Stellenbewilligungen bemüht. Bekanntlich sind die Brüsseler Abteilungen für Agrar- und Kartellpolitik stark überlastet. Zur Zeit warten 36 000 Kartellarmeldungen auf Bearbeitung.

Auch bei der Generaldirektion Landwirtschaft der EWG-Kommission sind die Aufgaben in den letzten Jahren schneller gewachsen als der Personalbestand. Die Regierungen der EWG-Länder weisen der Kommission ständig neue Aufgaben zu, verweigern ihr aber die dazu erforderlichen Geldmittel.

+ + +

Das Europa-Ultimatum von Paris

Nur noch zwei Monate Zeit

sp - Über der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schwebt als Damoklesschwert die Drohung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, die EWG zum Platzen zu bringen, wenn es nicht bis Ende dieses Jahres zur Einigung über eine gemeinsame Agrarpolitik kommt. Nun wird auch in der Politik nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Dennoch ist das Ultimatum ernst zu nehmen, aber es hat auch das Gute, daß sich der Ministerrat der EWG noch bis Ende dieses Jahres in vier Sitzungen mit allen damit zusammenhängenden Fragen befassen wird. Ein immenses Arbeitspensum steht ihm bevor. Eines der wichtigsten Mitglieder der EWG, die Bundesrepublik, verfügt nun wieder über eine handlungsfähige Regierung, sie wird ihre ganze Energie, viel Phantasie und Vorstellungskraft aufwenden müssen, um den Stillstand in der Europapolitik mit Überwinden zu helfen. Die EWG tritt derzeit auf der Stelle. Entwicklungen sind eingetroffen, die deutsche Lebensinteressen berühren. Von dem Rückgang der Einfuhren von Drittländern in die EWG ist die Bundesrepublik am Härtesten betroffen; so ging der Export von Schweinefleisch aus Föder um 90% zurück, die Dänen verzeichnen eine Einbusse von einigen hundert Millionen Mark. Die von der EWG praktizierte Markterordnung für Agrarprodukte wirkt sich hemmend für den Handelsverkehr aus; eine Revision ist fällig. Es kann nicht im deutschen Interesse liegen, daß uns befreundete, für die deutsche Wiedervereinigung eintretende Länder wie Dänemark und Norwegen, auf die Strasse des Osthandels getrieben und uns entfremdet werden. Hier liegen große Gefahren. Dunkle Wetterwolken ziehen vom Westen her auf. Die Montan-Union beabsichtigt eine Erhöhung der Einfuhrzölle für Eisen- und Stahlerzeugnisse aus aussenstehenden Staaten. Die Vereinigten Staaten, ohnehin verärgert durch den Hähnenkrieg, sind alarmiert; die Erhöhung wäre ein schlechter Auftakt für die bevorstehende Kennedy-Murde, sie könnte auch als Einleitung für einen Handelskrieg aufgefasst werden. Wiederum hätte die Bundesrepublik als zweitgrößter Handelspartner der Welt den größten Schaden davon. Die neue Bundesregierung steht vor keiner leichten Aufgabe; hier gilt größte Wachsamkeit, soll Schaden für unsere Wirtschaft abgewehrt werden.

+ + +